

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	23
§ 1 Einleitung	27
A. Einführung in den Gegenstand der Untersuchung	29
B. Ziel der Arbeit und Gang der Untersuchung	30
C. Definition grundlegender Begriffe	30
1. Teil: Die Grundlagen der InvAG	33
§ 2 Allgemeine Grundlagen des Investmentgeschäfts	33
A. Die Grundidee des Investmentgeschäfts	33
B. Funktionen des Investmentgeschäfts	34
C. Organisationsformen von Investmentvermögen	35
I. Trust, Vertragsform und Satzungsform	35
1. Trust	35
2. Vertragsform	36
3. Satzungsform	36
II. Die geschlossene und die offene Fondsstruktur	37
1. Geschlossene Fondsstruktur	37
2. Offene Fondsstruktur	38
D. Die Bedeutung der OGAW-RL für Investmentunternehmen	39
I. Regelungsziele der OGAW-RL	39
II. Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW)	41
III. Verwaltungsgesellschaften und Investmentgesellschaften	41
§ 3 Die Entwicklung der InvAG	43
A. Die Anfänge des Investmentgeschäfts und die Entwicklung in den USA	43
B. Investmentvermögen im deutschen Recht	46
I. Investmentvermögen vor Erlass des KAGG	46
II. Die Motive des Gesetzgebers für die Regulierung der Vertragsform ..	48
III. Die InvAG mit fixem Kapital	49
1. Einleitung	49
2. Regelungsziele des Gesetzgebers	50
3. Rechtsrahmen	51
4. Gründe für das Scheitern	51
a) Steuerrechtliche Gründe	51
b) Geschlossene Fondsstruktur	52
c) Pflicht zum öffentlichen Angebot der Aktien	52
d) Preisbildungsverfahren	53
e) Anlagespektrum	53
5. Wiedereinführung der InvAG mit fixem Kapital durch das AIFM- UmsG	55
IV. Die InvAG mit veränderlichem Kapital	56

1. Einführung durch das InvModG	56
2. Neugestaltung der Rahmenbedingungen durch das InvÄndG	57
3. Fortentwicklung im Rahmen des OGAW-IV-UmsG	58
4. Ausblick auf das AIFM-UmsG	58
2. Teil: Die InvAG als besondere Form der AG	61
1. Abschnitt: Die Entstehung der InvAG	61
§ 4 Gründung, Erlaubnisverfahren und gesellschaftsrechtliche Dokumentation	61
A. Die gesellschaftsrechtliche Gründung	61
I. Das Gründungsverfahren	61
II. Das Verbot von Sacheinlagen	64
1. Inhalt	64
2. Reichweite	64
a) Sacheinlagen und Sachübernahmen	64
b) Verdeckte Sacheinlage	65
3. Geltungsgrund des Sacheinlageverbots für die Publikums-InvAG	65
a) Vermeidung von Bewertungsfehlern	66
b) Verhinderung einer missbräuchlichen Ausnutzung der Machtstellung der Unternehmensaktionäre	67
c) Sicherstellung der börsentäglichen Ermittlung des Inventarwerts	68
4. Ausnahme für die Spezial-InvAG	69
III. Verschmelzung der InvAG	70
B. Das aufsichtsrechtliche Erlaubnisverfahren	70
I. Gegenstand der Erlaubnis	70
II. Voraussetzungen und Verfahren der Erlaubniserteilung	72
III. Erlöschen und Aufhebung der Erlaubnis	73
1. Erlöschen der Erlaubnis	73
a) Erlöschensgründe	73
b) Insbesondere: Verzicht auf die Erlaubnis	74
aa) Voraussetzungen	74
bb) Angemessener Schutz der Anlageaktionäre	74
aaa) Investmentrechtliches Verfahren der Satzungsänderung	75
bbb) Zustimmungserfordernis der Anlageaktionäre	76
(i) Änderung des Gesellschaftszwecks	76
(ii) Schwere des Eingriffs in die Mitgliedschaft der Anlageaktionäre	77
2. Aufhebung der Erlaubnis	79
C. Die gesellschaftsrechtliche Dokumentation	79
I. Die Satzung	79
1. Die Aufhebung der aktienrechtlichen Satzungsstrenge	79
2. Der notwendige Satzungsinhalt	81
a) § 99 Abs. 1 InvG i.V.m. § 23 Abs. 3 und 4 AktG	81
aa) Firma und Sitz	81

bb) Unternehmensgegenstand.....	81
cc) „Höhe des Grundkapitals“	82
dd) Aktienart, Aktiengattungen	83
ee) Aktienform	84
ff) Zahl der Vorstandsmitglieder	84
gg) Weitere notwendige Angaben	84
b) § 99 Abs. 3 InvG i.V.m. §§ 43 Abs. 4, 41 InvG	84
3. Die Satzungsänderung	85
II. Die Anlagebedingungen	86
1. Bedürfnis für die Erstellung gesonderter Anlagebedingungen	86
2. Die Erstellung von Anlagebedingungen	87
3. Der Satzungsinhalt bei der Erstellung von Anlagebedingungen	88
D. Zusammenfassung	88
2. Abschnitt: Die Organisationsverfassung	91
§ 5 Die Mitgliedschaft in der InvAG	91
A. Einleitung	91
B. Vorbilder und Motive des Gesetzgebers für die Einführung von Unternehmens- und Anlageaktien	92
1. Ausländische Jurisdiktionen als Vorbild	92
1. Schweiz	92
2. Liechtenstein	94
II. Anpassung der Mitgliedschaft an die unterschiedlichen Aktionärs- interessen	94
III. Die Gefahr der Übernahme der InvAG	96
C. Unternehmensaktionäre	97
I. Die Ausgabe von Unternehmensaktien	97
1. Die Person des Unternehmensaktionärs	97
2. Zuständigkeit zur Ausgabe von Unternehmensaktien	98
a) Zuständigkeit der Hauptversammlung	98
b) Zuständigkeit des Vorstands analog § 104 Satz 1 InvG	98
c) Zuständigkeit des Vorstands nach § 105 Abs. 1 InvG	99
II. Die Rechte der Unternehmensaktionäre	100
1. Verwaltungsrechte	100
2. Vermögensrechte	100
III. Die Gründungsverantwortung der Unternehmensaktionäre	101
IV. Die Verantwortlichkeit der Unternehmensaktionäre im weiteren Betrieb der InvAG	101
1. Haftung für die operativen Risiken der InvAG	102
a) Existenz eines Betriebsvermögens	102
b) Zuweisung der operativen Risiken	102
aa) Einheitslösung	103
bb) Trennungslösung	103

cc) Stellungnahme.....	104
aaa) Abschirmung der Anlageaktionäre von den operativen Risiken der InvAG	104
bbb) Investmentrechtliche Zulässigkeit der Trennungslösung	106
ccc) Grenzen der Trennungslösung im Hinblick auf die Erreichung des Anlegerschutzziels	108
ddd) Ergebnis	110
2. Nachschusspflicht der Unternehmensaktionäre.....	110
3. Besondere Treuepflichten der Unternehmensaktionäre	111
a) Aktive Förderpflicht	111
b) Treuepflicht zur Rücksichtnahme auf die Interessen der Anlageaktionäre	113
V. Die Sicherung der Pflichtenbindung der Unternehmensaktionäre	114
1. Ausgabe von Namensaktien	114
2. Anzeige der Person des Unternehmensaktionärs und Inhaberkontrollverfahren	114
3. Eingeschränkte Übertragbarkeit der Unternehmensaktien	115
4. Beschränkung des Rückgaberechts der Unternehmensaktionäre	116
a) Rechtslage vor dem OGAW-IV-UmsG.....	116
b) Rechtslage nach dem OGAW-IV-UmsG	117
VI. Überlegungen zur Verantwortlichkeit der Unternehmensaktionäre de lege ferenda	118
D. Anlageaktionäre	119
I. Die Ausgabe von Anlageaktien	119
II. Die Rechte der Anlageaktionäre	120
III. Vorzugsaktien als Alternative zu Anlageaktien?.....	121
IV. Gewährleistung einer effektiven Kontrolle des Verwaltungshandelns	122
1. Rückgaberecht der Anlageaktionäre.....	122
2. Regulierung der Geschäftstätigkeit der InvAG	122
3. Überwachungsfunktion des Aufsichtsrats	123
4. Überwachungsfunktion der Depotbank	123
5. Staatliche Aufsicht	124
6. Treuepflichten der Unternehmensaktionäre	125
7. Ergebnis	125
V. Die Einführung von Anlageaktien im Lichte des Verfassungsrechts.	125
E. Zusammenfassung	127
§ 6 Die Organe der InvAG	129
A. Anwendbares Recht	129
B. Der Vorstand	130
1. Aufgaben und Zuständigkeiten des Vorstands.....	130
1. Leitungsverantwortung	130

2. Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsmacht.....	131
II. Die Bestellung der Vorstandsmitglieder	132
1. Das Vier-Augen-Prinzip	132
2. Die Eignung der Geschäftsleiter.....	133
III. Die Sorgfaltspflichten des Vorstands	136
1. Der aktienrechtliche Sorgfaltaßstab	136
a) Sorgfalt eines Geschäftsleiters.....	136
b) Handeln im Gesellschaftsinteresse	136
2. Die investmentrechtlichen Verhaltensregeln	137
IV. Die Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder	138
1. Zivilrechtliche Verantwortlichkeit.....	138
2. Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit	139
V. Exkurs: Das Geschäftsverbot der Organmitglieder	140
1. Zweck des Geschäftsverbots.....	140
2. Reichweite des Geschäftsverbots	140
a) Beschränkung auf das Anlagevermögen?	140
b) Erwerb und Veräußerung von Aktien der InvAG	141
3. Rechtsfolgen eines Verbotsverstößes	142
4. Aufhebung des Geschäftsverbots de lege ferenda?	142
a) Allgemeine Grenzen für Eigengeschäfte von Organmitgliedern	142
aa) Verbot von Rechtsgeschäften zu unangemessenen Preisen	142
bb) Verbot des „Abladens“ und „Auskauens“	144
b) Vergleich der Risiken bei InvAG und KAG	144
c) Signalwirkung des gesetzlichen Geschäftsverbots.....	145
d) Bewertung.....	146
C. Der Aufsichtsrat	147
I. Aufgaben und Zuständigkeiten des Aufsichtsrats	147
II. Bestellung des Aufsichtsrats	148
1. Zusammensetzung des Aufsichtsrats	148
2. Eignung der Aufsichtsratsmitglieder	149
III. Das unabhängige Aufsichtsratsmitglied	149
1. Pflicht zur Bestellung eines unabhängigen Aufsichtsratsmitglieds	149
2. Unabhängigkeit des Aufsichtsratsmitglieds	151
a) Begriff der Unabhängigkeit	151
b) Unabhängigkeit von den „Aktionären“	151
c) Unabhängigkeit von den Geschäftspartnern.....	152
IV. Die Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder	153
D. Die Hauptversammlung	153
E. Zusammenfassung.....	154
3. Abschnitt: Die Finanzverfassung	157
§ 7 Die Abkehr vom aktienrechtlichen System des festen Kapitals	157
A. Das aktienrechtliche System des festen Kapitals.....	157

I. Der Begriff des Grundkapitals	157
II. Funktionen des Grundkapitals	158
1. Prinzip der Kapitalaufbringung	158
2. Prinzip der Kapitalerhaltung	159
B. Notwendigkeit der Abkehr vom System des festen Grundkapitals zur Einführung der InvAG	160
I. Flexibilisierung der Kapitalmaßnahmen und des Erwerbs eigener Aktien	160
II. Bedeutungslosigkeit des Grundkapitals für den Gläubigerschutz?	161
C. Europarechtliche Zulässigkeit der Abweichung von den aktienrechtlichen Kapitalvorschriften	163
I. Anwendungsbereich der KapitalRL	163
II. Die InvAG als Investmentgesellschaft mit veränderlichem Kapital im Sinne von Art. 1 Abs. 2 KapitalRL	164
1. Unternehmensgegenstand	164
2. Öffentliches Angebot der Aktien	164
3. Veränderliches Kapital	166
III. Publizität der Kapitalstruktur	167
D. Zusammenfassung	168
§ 8 Das veränderliche Kapital der InvAG	169
A. Wesensmerkmale des veränderlichen Kapitals	169
I. Die fortlaufende Ausgabe und Rücknahme von Aktien	169
II. Der Gleichlauf von Gesellschaftskapital und Gesellschaftsvermögen	169
1. Das Gebot der jederzeitigen Deckung des Grundkapitals (§ 105 Abs. 1 Satz 2 InvG a.F.)	169
a) Gestaltungsmöglichkeiten zur Umsetzung von § 105 Abs. 1 Satz 2 InvG a.F.	170
aa) Bildung eines „Verlustpuffers“	170
bb) Einziehung oder Veräußerung eigener Aktien	170
cc) Vereinfachte Kapitalherabsetzung	171
dd) Anordnung der Zwangseinziehung	171
ee) Kapitalherabsetzung ohne Hauptversammlungsbeschluss	172
b) § 105 Abs. 1 Satz 2 InvG a.F. als gesetzgeberisches Versehen?	173
2. Vollständiger Gleichlauf von Gesellschaftskapital und Gesellschaftsvermögen	174
B. Grenzen des veränderlichen Kapitals: Das Mindestkapital und das Höchstkapital	175
I. Funktion und Festlegung des Kapitalrahmens	175
1. Das Mindestkapital	175
a) Funktion des Mindestkapitals	175
b) Festlegung des Nennbetrags	176
aa) Untergrenze	176

bb) Obergrenze.....	177
cc) Gesetzliche Festlegung des Mindestkapitals de lege ferenda.....	177
2. Das Höchstkapital.....	178
a) Funktion des Höchstkapitals.....	178
b) Abschaffung des Höchstkapitals de lege ferenda?.....	179
II. Änderung des Kapitalrahmens	180
C. Kapitalanforderungen an die InvAG.....	181
I. Anfangskapital.....	181
1. Begriff.....	181
2. Funktion	182
a) Das Anfangskapital als Betriebskapital.....	182
b) Das Anfangskapital als dauerhaftes Haftkapital?.....	182
II. Der Schwellenwert in Höhe von 1,25 Mio. Euro.....	183
1. Aufbringung.....	183
2. Erhaltung.....	183
a) Anwendbarkeit von § 57 AktG.....	184
aa) Wortlaut des InvG.....	184
bb) Normzweck von § 57 AktG.....	184
cc) Systematik des InvG	185
dd) Wille des Gesetzgebers.....	186
aaa) Freistellung von den Kapitalvorschriften des AktG	186
bbb) Gleichstellung mit dem Sondervermögen	186
ee) Ergebnis	187
b) Vermögensbindung in Höhe von 1,25 Mio. Euro	187
D. Zusammenfassung.....	188
§ 9 Die Aktienausgabe	191
A. Die Aktienausgabe	191
1. Das aktienrechtliche Verfahren der Kapitalerhöhung.....	191
1. Die reguläre Kapitalerhöhung.....	191
2. Das genehmigte Kapital.....	192
II. Bedürfnis für eine investmentrechtliche Sonderregelung.....	192
III. Die Aktienausgabe nach dem InvModG	193
1. Das statutarisch genehmigte Kapital	193
2. Die Durchführung der Kapitalerhöhung.....	194
IV. Die Aktienausgabe nach dem InvÄndG	194
V. Modalitäten der Aktienausgabe	195
1. Ausgabe von Stückaktien.....	195
2. Zulässigkeit von Bruchstückaktien.....	196
3. Der Ausgabepreis.....	196
B. Das Bezugsrecht der Aktionäre.....	197
1. Einleitung.....	197
II. Die Funktion des Bezugsrechts.....	198

III. Reichweite und Inhalt des Bezugsrechts	199
1. Ausgabe stimmberechtigter Anlageaktien	199
2. Ausgabe stimmrechtsloser Anlageaktien	200
3. Ausgabe von Unternehmensaktien	201
C. Zusammenfassung	202
§ 10 Die Aktienrücknahme	205
A. Das Rückgaberecht der Aktionäre	205
I. Begriff, Inhalt und Funktion des Rückgaberechts	205
1. Begriff und Inhalt	205
2. Funktion	206
II. Die rechtliche Einordnung des Rückgaberechts	208
1. Das Rückgaberecht als Mitgliedschaftsrecht	208
2. Abgrenzung zu ähnlichen Gestaltungsformen	208
a) Rückerwerbbar Aktien (<i>redeemable shares</i>)	208
b) Verkaufsoption der Aktionäre (Put-Option)	209
c) Anordnung der Zwangseinziehung von Aktien	210
III. Reichweite und Grenzen des Rückgaberechts	210
1. Das Rückgaberecht als unabdingbares Recht	210
2. Grenzen der Aktienrücknahme	211
a) Das Verbot der Aktienrücknahme nach § 105 Abs. 2 Satz 2 und 3 InvG	211
b) Das Mindestkapital als Grenze der Aktienrücknahme nach § 105 Abs. 1 InvG	212
c) Die Zahlungsverbote nach § 92 Abs. 2 Satz 1 und 3 AktG	212
3. Die teilweise Rücknahme der angedienten Aktien	212
a) Zulässigkeit der teilweisen Rücknahme	212
b) Zulässige Auswahl	213
aa) Zeitliche Reihenfolge	213
bb) Anteilige Rücknahme	214
cc) Nachrangige Berücksichtigung der Unternehmensaktionäre	214
c) Rechte der in der Gesellschaft verbleibenden Aktionäre	215
4. Aussetzung der Rücknahme	215
5. Festlegung von Rücknahmetermen	216
B. Das Verfahren der Aktienrücknahme	216
I. Der aktienrechtliche Erwerb eigener Aktien	216
1. Voraussetzungen des Erwerbs eigener Aktien	216
2. Schicksal der eigenen Aktien	217
a) Kapitalherabsetzung durch Einziehung eigener Aktien	217
aa) Ordentliches Einziehungsverfahren	217
bb) Vereinfachtes Einziehungsverfahren	218
b) Halten eigener Aktien zur Weiterveräußerung	218
II. Bedürfnis für eine investimentrechtliche Sonderregelung	219

III. Die Rechtslage nach dem InvModG.....	220
1. Erleichterter Erwerb eigener Aktien.....	220
2. Kapitalherabsetzung durch Einziehung eigener Aktien.....	220
3. Halten eigener Aktien zur Weiterveräußerung.....	220
IV. Die Rechtslage nach dem InvÄndG.....	221
1. Kein Erwerb eigener Aktien.....	221
2. Kapitalherabsetzung kraft Gesetzes.....	221
C. Zusammenfassung.....	222
4. Abschnitt: Der Insolvenzschutz der Aktionäre.....	223
§ 11 Der Schutz der Aktionäre vor der Insolvenz der InvAG.....	223
A. Einleitung.....	223
B. Die Rechte der Anteilinhaber des Sondervermögens in der Insolvenz der KAG.....	223
C. Die Rechte der Aktionäre in der Insolvenz der InvAG.....	225
I. Die Rechte der Aktionäre der InvAG ohne TGV.....	225
II. Die Rechte der Aktionäre der InvAG mit mehreren TGV.....	225
1. Insolvenz der InvAG mit TGV.....	225
2. TGV als Gegenstand eines Sonderinsolvenzverfahrens.....	226
a) Meinungsstand im Schrifttum.....	226
b) Stellungnahme.....	227
c) Insolvenzfähigkeit der TGV de lege ferenda.....	228
D. Der Schutz der Aktionäre im Vorfeld der Insolvenz der InvAG.....	229
I. Beschränkte Geschäftstätigkeit.....	229
II. Vorstandspflichten in der Krise der InvAG.....	229
1. Verlustanzeige- und Einberufungspflicht.....	229
a) Verlustanzeige gegenüber der BaFin.....	229
b) Verlustanzeige gegenüber den Aktionären und Einberufung der Hauptversammlung.....	230
2. Zahlungsverbote.....	231
III. Aufsichtsbehördliche Gefahrabwehrmaßnahmen.....	231
1. Maßnahmen bei unzureichenden Eigenmitteln.....	232
2. Maßnahmen bei Gefahr für die Erfüllung von Verpflichtungen.....	232
IV. Insolvenzantragspflicht.....	233
V. Folgerungen für den Aktionärsschutz.....	234
E. Zusammenfassung.....	234
3. Teil: Besondere Gestaltungsformen der InvAG.....	235
1. Abschnitt: Aktienklassen.....	235
§ 12 Aktienklassen.....	235
A. Einleitung.....	235
I. Begriff.....	235
II. Gründe für die Bildung von Aktienklassen.....	235
B. Die rechtlichen Grundlagen von Aktienklassen.....	237

I. Anteilklassen eines Sondervermögens	237
II. Aktienklassen einer InvAG	238
1. Anwendungskonflikt zwischen § 11 AktG und § 34 Abs. 1 InvG	239
2. Vereinbarkeit mit der aktienrechtlichen Satzungsstrenge	239
3. Grundsatz der Anlegergleichbehandlung und Kollektivanlageprinzip	240
4. Vereinbarkeit mit § 96 Abs. 1 Satz 4 InvG	241
a) Prinzip der gleichen Kapitalbeteiligung der Aktien	241
b) Prinzip der Wertgleichheit der Aktien	241
5. Ergebnis	242
III. Die Anwendbarkeit von Rechtsverordnungen	242
C. Die rechtliche Einordnung von Aktienklassen	242
I. Aktienrechtlicher Ansatz	242
II. Verwirklichung der in § 34 Abs. 1 Satz 1 InvG genannten Unterscheidungsmerkmale durch Aktiengattungen?	243
1. Grundsätze für die Festlegung von Aktiengattungen	243
2. Grundsätze für die Festlegung von Anteilklassen	244
3. Anwendung der aktienrechtlichen Grundsätze auf § 34 Abs. 1 Satz 1 InvG	244
a) Ertragsverwendung	244
b) Ausgabeaufschlag, Rücknahmeabschlag	246
c) Währung	246
d) Verwaltungsgebühr	246
e) Mindestanlagesumme	247
4. Ergebnis	247
III. Verwirklichung mitgliedschaftsbezogener Unterscheidungs- merkmale durch Aktienklassen?	248
1. Einführung von Anteilklassen	248
2. Einführung von Aktiengattungen	248
3. Stellungnahme	249
IV. Investmentrechtlicher Ansatz	250
D. Zusammenfassung	250
2. Abschnitt: Die Umbrella-Konstruktion	251
§ 13 Grundlagen der Umbrella-Konstruktion	251
A. Begriff und Rechtsgrundlage	251
I. Begriff	251
II. Rechtsgrundlage	251
B. Gründe für die Ausgestaltung der InvAG als Umbrella-Konstruktion	253
I. Allgemeine Vorteile der Umbrella-Konstruktion	253
II. Besondere Vorteile der Umbrella-Konstruktion für die InvAG	254
1. Keine alternativen Gestaltungsmöglichkeiten	254
a) Analoge Anwendung von § 30 Abs. 3 InvG	254
b) Aktienrechtliche Zulässigkeit von TGV	254

c) Ausgabe von Spartenaktien	255
d) Gründung von Tochter-InvAGen	256
2. Besonderes Bedürfnis für die Bildung von TGV	256
C. Die vermögens- und haftungsrechtliche Trennung der TGV	256
1. Das Prinzip der Vermögenstrennung	257
1. Horizontale Vermögenstrennung	257
2. Vertikale Vermögenstrennung	257
II. Die dingliche Surrogation analog § 30 Abs. 2 InvG	258
III. Das Prinzip der Haftungstrennung	260
1. Haftung der TGV für Einzelverbindlichkeiten	260
2. Haftung der TGV für Gesamtverbindlichkeiten	260
a) Zuordnung zum Betriebs-TGV	261
b) Umlegung auf die TGV	261
c) „Ausfallhaftung“ der TGV	262
D. Die Rechtsstellung der Aktionäre	262
I. TGV als eigenständige Zweckvermögen	262
II. Recht auf Teilnahme am Bilanzgewinn	263
III. Recht auf Teilnahme am Abwicklungserlös	264
IV. Rückgaberecht	264
V. Gegenständliche Beschränkung des Stimmrechts und Abstimmung in „Teilgesellschaftsversammlungen“	265
1. Gegenständliche Beschränkung des Stimmrechts	265
a) Bedürfnis für die gegenständliche Beschränkung des Stimmrechts ...	265
aa) Anlageaktien	265
bb) Unternehmensaktien	266
b) Zulässigkeit der gegenständlichen Beschränkung des Stimmrechts ...	266
2. Zulässigkeit der Abstimmung in „Teilgesellschaftsversammlungen“	267
VI. Auseinanderfallen von Stimmgewicht und Aktienwert	268
E. Die Rechtsstellung der Gläubiger	269
I. Die beschränkte Haftung der InvAG	269
II. Gläubigerschutz durch Publizität	271
1. Rechtsformzusatz nach § 98 Abs. 1 InvG	271
2. Offenlegungs- und Hinweispflicht nach § 98 Abs. 2 InvG	271
a) Offenlegungspflicht	271
b) Hinweispflicht	271
III. Gläubigerschutz durch Kapitalschutz?	272
F. Zusammenfassung	273
4. Abschnitt: Die fremdverwaltete InvAG	275
§ 14 Grundlagen der fremdverwalteten InvAG	275
A. Einleitung	275
B. Die Einführung der fremdverwalteten InvAG	275
I. Die Vorgaben der OGAW-RL	275

1. Investmentgesellschaften, die keine Verwaltungsgesellschaft benannt haben	276
2. Investmentgesellschaften, die eine Verwaltungsgesellschaft benannt haben	277
II. Vorteile der fremdverwalteten Investmentgesellschaft nach dem Konzept der OGAW-RL	277
III. Die Umsetzung der OGAW-RL	278
1. Rechtslage nach dem InvModG	278
2. Richtlinienkonforme Ausgestaltung der selbstverwaltenden InvAG ..	279
3. Einführung der fremdverwalteten InvAG	279
4. Das Problem der „Doppelregulierung“	280
a) Mindestanfangskapital in Höhe von 300.000 Euro	280
b) Anforderungen an die Geschäftsleiter	282
c) Unabhängiges Aufsichtsratsmitglied	283
C. Die Anforderungen an die Benennung einer Verwaltungsgesellschaft	284
I. Angaben gegenüber der Aufsichtsbehörde	284
II. Rechtsverhältnis zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der InvAG	284
1. Körperschaftsrechtlicher Bestellungsakt	285
2. Unternehmensvertrag	285
3. Schuldvertrag	286
D. Zusammenfassung	287
§ 15 Aufsichtsrechtliche Besonderheiten der Fremdverwaltung	289
A. Einleitung	289
B. Die Aufgabenübertragung im Wege der Auslagerung	290
I. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Auslagerung	290
II. Das Auslagerungsunternehmen	291
III. Öffentlich-rechtliche und zivilrechtliche Verantwortlichkeit	292
IV. Umfang der Auslagerung	292
1. Grundsatz	292
2. Verbot der Auslagerung von Leitungsaufgaben	293
3. Briefkastenverbot	294
V. Anzeige- und Veröffentlichungspflichten	295
VI. Anforderungen an den Auslagerungsvertrag	295
C. Die Aufgabenübertragung im Wege der Fremdverwaltung	296
I. Die Verwaltungsgesellschaft	296
1. Anforderungen an die KAG	296
2. Benennung einer EU-Verwaltungsgesellschaft	297
II. Öffentlich-rechtliche und zivilrechtliche Verantwortlichkeit	298
1. Verantwortlichkeit der Verwaltungsgesellschaft	298
2. Verantwortlichkeit der fremdverwalteten InvAG	299

III. Umfang der Fremdverwaltung.....	300
1. Aufgaben nach § 96 Abs. 4 Satz 2 InvG	300
a) Anlage und Verwaltung der Mittel der InvAG.....	300
b) Allgemeine Verwaltungstätigkeit.....	301
aa) Fondsadministration.....	301
bb) Vertrieb.....	301
2. Übertragung von Leitungsaufgaben?.....	302
3. Ausnahme vom Briefkastenverbot?.....	303
IV. Anzeige- und Veröffentlichungspflichten	303
V. Schlussfolgerungen für die Gestaltung des Fremdverwaltungs- vertrags.....	303
D. Die Weiterverlagerung von Aufgaben im Rahmen der Fremdverwaltung	304
I. Zuständigkeit der Verwaltungsgesellschaft	304
II. Zustimmung der InvAG	305
III. Sonstige Voraussetzungen der Weiterverlagerung.....	305
E. Zusammenfassung	306
4. Teil: Gesamtergebnis	307
§ 16 Zusammenfassung der Ergebnisse	307
A. Ergebnisse des 2. Teils.....	307
B. Ergebnisse des 3. Teils.....	312
Literatur	315
Sonstige Materialien.....	329